Israel : das Dilemma der 68er : kritische Solidarität verhindert

Autor(en): **Herter, Martin**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **61 (1982)**

Heft 9

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-339888

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

nach den Ereignissen im Libanon, kaum abzusehen. Sicher ist, dass eine dauerhafte Lösung des Nahostkonfliktes nur dann eine Chance hat, wenn sich auch bei den Israelis die Einsicht durchsetzt, dass die Palästinenser zunächst eine anerkannte Form nationaler Unabhängigkeit erhalten müssen. Ob sich dann später aus dem Nebeneinander von Juden und Palästinensern ein Miteinander (in Form einer Föderation, eventuell mit weiteren Nachbarstaaten) entwickeln kann, darüber lässt sich heute noch keine Voraussage machen.

Martin Herter

Israel: Das Dilemma der 68er

Kritische Solidarität verhindert

Das Dankesschreiben der israelischen Botschaft muss irgendwo bei mir zu Hause noch herum liegen. Begeistert von der Tapferkeit des israelischen Volkes und seiner Armee hatte ich damals, fünfzehnjährig, in unserer Schule spontan eine Sammlung organisiert. Über 80 Franken waren in nur zwei Pausen zusammen gekommen. Wer mochte schon damals, im Juni 1967, nein sagen?

Auf einer Landkarte im Schulzimmer markierten täglich kleine Fähnchen den Vorstoss der israelischen Truppen. Dass die Golan-Höhen und der Sinai dieselbe Farbe wie Israel trugen, fiel mir erst später auf. Auch unsere Ängste, wenn einmal ein Vorstoss der Israelis nicht so reibungslos vorwärts ging, wusste unser Klassenlehrer — Oberst im Generalstab der Schweizer Armee — rasch zu zerstreuen: «Mit diesen Kameltreibern werden die noch lange fertig.» Dass an der jordanischen Front — trotz Kapitulation der jordanischen Armee — erbitterter Widerstand geleistet wurde, nahmen wir nicht zur Kenntnis. Palästina? Ein verstaubter Begriff aus dem Geschichtsbuch.

Dann rückte der Vietnam-Krieg in unser Bewusstsein. Angesichts der mit Napalm bombardierten Dörfer verfingen die Readers Digest-Phrasen vom freien Westen, der die Welt vom Kommunismus schützt, nicht mehr. 1968 und die Jahre danach lehrten uns, die Dinge zu hinterfragen. Israel blieb davon vorerst ausgeklammert.

Mit brutalen Methoden versuchte die PLO das zu verhindern. Die Anschläge von Tel Aviv, München und Athen lösten neben der Empörung über den Tod unschuldiger Zivilisten auch die Frage nach dem Warum aus. Der Schwarze September 1970 wurde zu einem historischen Datum.

Zwischen Hebräisch-Büffeln und Palästinakunde tauchte während des Theologie-Studiums immer wieder die Frage nach den Palästinensern auf. Die Faschismus-Forschung, der Antisemitismus und das Erkennen seiner Ursachen liessen mich die Geschichte des jüdischen Staates nachlesen. Die Heimstätte derer, die die Schlächtereien der Nazis überlebt hatten, als Ort der Diskriminierung Andersgläubiger? Es war schwer zu glauben.

Wie einfühlbar war dieses «nächstes Jahr in Jerusalem» gewesen. Im Ohr die Exodus-Hymne, wollte ich Israel immer wieder entschuldigen. Sie war ja so verständlich, jene Angst der Israelis vor der vermeintlichen Übermacht der Araber. Die Wild-West-Methoden, mit denen der israelische Geheimdienst agierte — etwa bei der «Entführung» der französischen Kanonenboote —, sie erheischten bei aller Skepsis doch Bewunderung.

Da las man anderseits von den intensiven Beziehungen zu Südafrika und Taiwan. Vom Schah-Geheimdienst im Iran, aufgebaut von den Israelis. Von Baby-Doc's Mördergarde in Haiti, ausgerüstet und trainiert von den Israelis. Derartige Dinge konnten nicht mehr als diplomatische Fehlpässe taxiert werden. Es waren handfeste Skandale.

Die Jubel-Töne der deutschen Rechten, allen voran der Springer-Presse, das Hofieren der USA mit den israelischen Regierungen: Das liess die Skepsis wachsen. Doch über Israel durfte nicht diskutiert werden. Als «rotlackierter Nazi», als «Antisemit» wurde jener bezeichnet, der versuchte, Gepflogenheiten, die in Mitteleuropa spätestens seit dem Zweiten Weltkrieg das friedliche Zusammenleben der Völker garantieren, auf den Nahen Osten zu übertragen. Jede Grenzverletzung Israels, jede Zwangsmassnahme in den besetzten Gebieten wurde von hiesigen Lokalpolitikern mit einem wohlwollenden Achselzucken übergangen. Jahrelang durften die israelischen Bomber Beirut überfliegen.

Als dann im Juni 1982 auch die Panzer nachstiessen, bekam das Achselzucken eine andere Be-

deutung: Ein Zeichen völligen Unverständnisses jener, die ihre Hoffnungen in den Separatfrieden von Camp David, in die ägyptisch-israelischen Annäherungen gesetzt hatten und dabei die Hoffnungen und Ansprüche des palästinensischen Volkes vergessen hatten. Die nicht daran glauben wollten, dass Begin und seine Strategen tatsächlich ernst machen mit ihrem Gross-Israel. In den Trümmern Beiruts wurden auch viele ihrer Illusionen begraben.

Heute darf man frei und unverblümt über Begins Aggressionspolitik diskutieren. Selbst in Israel. Allerdings mischen sich dieser Tage Stimmen in die Diskussion ein, die ich lieber mit einer deutlichen Ohrfeige dahin jagen möchte, wo sie hingehören: Auf den Müllhaufen der Geschichte. Speiübel wird es mir, wenn die «Deutsche Nationalzeitung» über Begins Aggressionskrieg loszieht; sie, die den Angriff auf die Sowjetunion noch als Heldenschlacht der deutschen Wehrmacht feiert.

Jene allerdings, die in blindem Vertrauen jede Rechtsverletzung des israelischen Staates zu entschuldigen wussten, statt in kritischer Solidarität die Dinge beim Namen zu nennen, sind an dieser Entwicklung nicht unschuldig. Denn blindes Vertrauen — das hätten gerade Sozialdemokraten mittlerweile lernen müssen — macht bekanntlich blind.

Yossi Sarid

Israel: Kein Platz für Linke

Die Zukunft der israelischen Arbeiterpartei

Die Invasion israelischer Truppen im Libanon macht eine Vorbemerkung zu diesem Artikel notwendig. Da er noch vorher verfasst wurde, konnte sein Autor, Abgeordneter der Arbeiterpartei in der Knesset und in Opposition zu seiner Parteiführung stehend, zu den Ereignissen hier nicht Stellung nehmen. Aber er beleuchtet die innenpolitische Lage in Israel und gibt damit auch eine Erklärung, warum Begin überhaupt die Möglichkeit hat, seine aggressive Politik für eine friedliche Lösung des Nahost-Problems durch eine Verständigung mit den Palästinensern und ihren Vertretern eintritt, so erscheint das nach der jüngsten Militäraktion nur die Hoffnung, dass sich eines Tages doch noch die politische Vernunft durchsetzen wird.

Am 30. Juni 1981 hat die Israelische Arbeiterpartei wieder einmal die allgemeinen Wahlen verloren; die erste Niederlage hatte sie im Mai 1977 hinnehmen müssen. Der Abstieg kam, nachdem sie fast 30 Jahre lang ununterbrochen die herrschende, allmächtige Partei des Landes gewesen war. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die Arbeiterpartei die absolute Kontrolle über die zionistische Bewegung und über Histadrut (Bund der Arbeit) — die beiden wichtigsten Organe im neugebildeten Staat - ausgeübt.

Drei Millionen Einwohner — neun Parlamentsparteien

Die Niederlage 1981 war besonders frustrierend und schmerzlich, weil die Arbeiterpartei in gewisser Hinsicht einen beachtlichen Stimmenzuwachs zu verzeichnen hatte: Verglichen mit 32 Sitzen in der neunten Knesset, erhielt sie diesmal 48.
Trotz dieser beeindruckenden Leistung war sie nicht in der Lage, eine Regierung zu bilden. Die Likud-Partei errang genau dieselbe Mandatszahl. Um zu erklären, warum es der Arbeiterpartei bei gleicher Mandatszahl unmöglich war, eine Regierung zu bilden, während Begins Likud-Partei sehr wohl dazu imstande war, bedarf es einer Beschreibung der Zusammensetzung der gegenwärtigen zehnten Knesset.
Zusätzlich zu Likud und zur Arbeiterpartei sind in der gegenwärtigen Knesset noch sieben weitere Parteien vertreten:

● Die National-Religiöse Partei (National Religions Party — NRP) mit sechs Sitzen. Diese Partei war immer der traditionelle Partner der Arbeiterpartei, was ihr ermöglichte, Koalitionsregierungen zu bilden. In den letzten Jahren war die National-Religiöse Partei allerdings von einem Rechtstrend hin zu Begins Likud-Partei gekennzeichnet und bezog extreme und aggressive politische Positionen. Die Wahlen im vergangenen Juni versetzten dieser Partei einen schweren Schlag. Sie verlor sechs der zwölf Man-